

IHKLW Politiknews

23. AUSGABE HERBST 2026

Positionen

Kraftwerksstrategie
SEITE — 03

Nachgefragt

Operationsplan Deutschland
SEITE — 04

Aktuelles

Zentren-SOS
SEITE — 07

ÖFFENTLICHE HAUSHALTE UMBAUEN UND ZUKUNFTSSICHER AUFSTELLEN

IHKLW fordert Vorfahrt für Investitionen in Infrastruktur

Was der Bund jetzt tun kann

2025 hat der Bundestag beschlossen, ein Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK) einzurichten und dafür 500 Mrd. Euro zusätzliche Schulden zu genehmigen. Laut einer Untersuchung des Ifo-Institutes München wurden die Mittel aus der zusätzlichen Verschuldung bisher jedoch fast vollständig für das Stopfen von Haushaltslöchern zweckentfremdet. Zusätzliche Investitionen sind weitgehend ausgeblieben. Unsere IHKLW fordert daher einen konsequenten Kurswechsel und Vorfahrt für Investitionen.

Beim Blick in den Haushalt 2026 fällt auf: Die Investitionsquote für den Kernhaushalt wurde auf zehn Prozent gesenkt und liegt damit noch unter den Vorjahren. Dabei liegt allein der Finanzbedarf für die Verkehrsinfrastruktur zwischen 2025 und 2030 bei 250 Milliarden Euro. Trotz Sondervermögen kommt nur jeder dritte Euro tatsächlich zusätzlich im Verkehrshaushalt an. Die geplanten Gesamtausgaben des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaschutz belaufen sich im Jahr 2027 auf 54,9 Mrd. Euro und liegen damit gut fünf Prozent unter dem Ansatz des Jahres 2026. Es braucht aus Sicht unserer IHKLW planungssichere, mehrjährige bzw. „überjährige“ Finanzierungsinstrumente für Schiene, Straße und Wasserstraße wie in den Nachbarländern Schweiz, Österreich, Niederlande und Dänemark.

Was Kommunen jetzt tun können

Kurz vor der niedersächsischen Kommunalwahl haben die sieben IHKs in Niedersachsen Menschen an der Spitze von Unternehmen und Kommunalverwaltungen parallel befragt, wo angesichts angespannter Kommunalfinanzen in den Unternehmen und in der Verwaltung von Gemeinden, Städten und Landkreisen der Schuh drückt. Ergebnis:

Die finanzielle Lage der Kommunen ist längst kein rein haushaltspolitisches Thema mehr. Sie wirkt direkt auf die Standortbedingungen vor Ort – etwa über Steuern und Gebühren, Investitionen oder die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Wer nicht in Straßen, Gewerbegebiete, digitale Netze, Energieinfrastruktur, Wärmeversorgung, Bildung, Mobilität oder Klimafolgenanpassung investiert, verschlechtert die Standortbedingungen. Klar ist: Wenn Bund und Land den Kommunen Aufgaben übertragen, müssen sie diese auch vollständig finanzieren. Gefordert ist „Konnexität“: Wer bestellt bezahlt.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



der Herbst ist traditionell die Zeit der Haushaltsberatungen in Bund, Land und Kommunen. Jetzt entscheidet sich, wieviel Mittel für Zukunftsaufgaben bereitstehen, wie konsequent investiert wird und die Standortbedingungen für Unternehmen verbessert werden. Aus Sicht der Wirtschaft ist klar: Wir brauchen wettbewerbsfähige Steuern, verlässliche Rahmenbedingungen und Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung.

Digitalisierung ist dabei kein Einzelthema, sondern ein zentraler Hebel für leistungsfähige Verwaltungen und für den Erfolg der „Föderalen Modernisierungsagenda“. Der Plan von Bund und Ländern ist ambitioniert; entscheidend sind nun Tempo und Verbindlichkeit. Der erste Fortschrittsbericht zeigt, wo Bewegung entstanden ist – und wo weiterer Druck nötig bleibt.

Wie wichtig einfachere Verfahren und verlässliche Entscheidungen sind, zeigt sich besonders bei der Energiewende. Für viele Unternehmen bleibt sie eine erhebliche Belastung, wie unser Energiewendebarmometer verdeutlicht.

Umso wichtiger ist es, technologische Optionen offen zu halten. Niedersachsen vergibt Chancen, wenn es sich der Speicherung und Nutzung von CO₂ kategorisch verschließt.

Auch darüber hinaus braucht wirtschaftliche Entwicklung passende Rahmenbedingungen. Mit unserer Beteiligung an der Fortschreibung des Landesraumordnungsprogramms machen wir als IHK Niedersachsen deutlich: Flächen, Infrastruktur und Planungssicherheit sind zentrale Voraussetzungen für erfolgreiche Standorte.

Ob Haushalt, Modernisierung, Energiepolitik oder Raumordnung: Entwicklung entsteht durch klare Prioritäten, Gestaltungswillen und verlässliche Weichenstellungen. Dafür setzen wir uns ein – damit politische Entscheidungen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken und unsere Region zukunftsfähig bleibt.

Ingo Steinbach

Ingo Steinbach
Vizepräsident der IHK Lüneburg-
Wolfsburg und Finanzvorstand
der Laurens Spethmann Holding
(LSH)



IHKLW-Podcast Moin Wirtschaft

Im IHKLW-Podcast Moin Wirtschaft spricht IHKLW-Präsident Andreas Kirschenmann mit Gästen aus Wirtschaft, Politik und Forschung über Themen, die unsere Region bewegen. Substanziell. Direkt. Für alle, die Wirtschaft gestalten wollen.

Jetzt Reinhören: www.ihk.de/ihklw/moin-wirtschaft



Kraftwerksstrategie

Die neue Kraftwerksstrategie der Bundesregierung wurde am 10.07.2026 final vom Bundesrat verabschiedet, zuvor wurde sie vom Bundestag am 09.07.2026 beschlossen. Die DIHK erstellte zuvor eine Studie zur Kraftwerksstrategie, die im konkreten Wortlaut Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätsengesetz heißt. Darin kommt die DIHK zu dem Ergebnis, dass die geplanten milliardenschweren Förderungen für Gaskraftwerke die EU-Vorgaben für Kapazitätsmechanismen nicht erfüllen. Stattdessen fordert die DIHK eine marktwirtschaftliche Absicherungspflicht zu gewährleisten.

Grundsätzlich

- DIHK erkennt Notwendigkeit der Versorgungssicherheit und flexibler, steuerbarer Kapazitäten an
- Kohleausstieg 2038 und Risiko von „Dunkelflauten“ (kein Wind, keine Sonne) muss abgesichert werden
- Wasserstofffähige Gaskraftwerke („H2-ready“) als langfristige klimaneutrale Perspektive
- Kapazitätsmarkt: Strommarktmechanismus, bei dem nicht nur die tatsächlich erzeugte elektrische Energie vergütet wird, sondern auch das Vorhalten gesicherter Kraftwerksleistung

Kritikpunkte/Verbesserungsvorschläge

- Kapazitätsmarkt ab 2032 und kommende Umlage ab 2031 erhöht Stromkosten für alle Verbraucher
- Höhe der Umlage unbekannt, Forderung nach Nennung einer möglichen Höhe
- Marktnähere Absicherungspflicht bevorzugt
- Kapazitätsmarkt favorisiert indirekt Gaskraftwerke, nicht technologieoffen
- Begründung, warum 2/3 der Kapazitäten (Gaskraftwerke) in den netztechnischen Süden gebaut werden soll („Süd-Bonus“)
- EU-Konformität prüfen

Parlamentarischer Stand/Zeitplan

- Referentenentwurf: 27.04.2026
- Kabinettsbeschluss: 13.05.2026
- Erste Lesung: 11.06.2026
- Anhörung: 24.06.2026
- Zweite/Dritte Lesung Bundestag: 09.07.2026
- 10.07.2026: Bundesrat-Verabschiedung (Beschluss)

**Link zur DIHK-Studie
zum Thema:**

**Zum Gesetzentwurf
der Bundesregierung:**

INTERVIEW

Nachgefragt zum Operationsplan Deutschland



Herr Hassels, was verbirgt sich eigentlich hinter dem „Operationsplan Deutschland“ (OPLAN DEU)?

Der Operationsplan Deutschland ist der militärische Beitrag zur deutschen Gesamtverteidigung. Vereinfacht gesagt handelt es sich um einen Vorsorge- und Abschreckungsplan, der sicherstellen soll, dass Deutschland und seine Bündnispartner im Krisen- oder Verteidigungsfall schnell und koordiniert handeln können. Er dient nicht der Vorbereitung eines Angriffs, sondern der Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV). Der OPLAN wird vom Operativen Führungskommando der Bundeswehr verantwortet und ist in die NATO-Strukturen eingebunden. Deutschland fungiert in diesem Zusammenhang als Drehscheibe, denn im Ernstfall müssten alliierte Truppen und Material über die Bundesrepublik an die NATO-Ostflanke verlegt werden. Norddeutschland ist aufgrund seiner Häfen und Militärstandorte dabei von besonderer Bedeutung. Das in wesentlichen Teilen geheime Dokument wird kontinuierlich fortgeschrieben und an die aktuelle Sicherheitslage angepasst.

Warum betrifft der Operationsplan Deutschland nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die zivile Seite?

Weil Verteidigung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Der OPLAN DEU führt die militärischen Aspekte der LV/BV mit den zivilen Unterstützungsleistungen zusammen. Ohne funktionierende Energieversorgung, Verkehrswege, Telekommunikation, Gesundheitswesen oder Logistik kann die Bundeswehr ihren Auftrag nicht erfüllen. Deshalb sind Unternehmen, Behörden, Kommunen und Hilfsorganisationen essenzielle Teile der Gesamtverteidigung. Zudem reagiert der Plan auf eine Sicherheitslage, die zunehmend von Cyberangriffen, Sabotage und anderen hybriden

Bedrohungen geprägt ist. Deren Ziele sind meist zivile Einrichtungen wie Unternehmen und Behörden.

Welche Rolle übernehmen die Industrie- und Handelskammern im Zusammenhang mit dem OPLAN Deutschland?

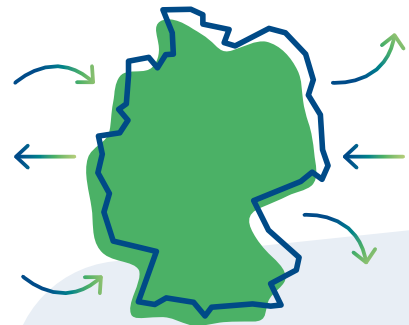
Die IHKs fungieren als Brücke zwischen Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Bundeswehr. Wir informieren Unternehmen über sicherheitspolitische Entwicklungen, sammeln Erfahrungen aus der Praxis und bringen die Interessen der Wirtschaft in politische Prozesse ein. Bei der IHKLW geschieht dies beispielsweise über Formate wie das Sicherheitsforum Nordostniedersachsen, die Taskforce „Integrierte Sicherheitspolitik in Nordostniedersachsen“, das „Forum Resiliente Wirtschaft“ oder einer Veranstaltung mit dem BAAINBw*. Zudem entwickeln wir Positionen und Stellungnahmen zu Fragen der wirtschaftlichen Resilienz und Gesamtverteidigung.

Was bedeutet der Operationsplan Deutschland konkret für Unternehmen und wie können sie sich darauf vorbereiten?

Der OPLAN DEU macht deutlich, dass Unternehmen eine wichtige Rolle für die Resilienz Deutschlands spielen. Zugleich steigen die gesetzlichen Anforderungen, etwa durch NIS2, das KRITIS-Dachgesetz und die geplante Novellierung der Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze. Vor diesem Hintergrund sollten Unternehmen ihre Notfallplanung überprüfen und sich widerstandsfähiger gegenüber Krisen aufstellen. Als Unterstützung bietet die IHKLW einen Vorsorgeplan für Unternehmen sowie weitere Informationen auf ihrer Webseite an. Wer sich frühzeitig vorbereitet, stärkt nicht nur den eigenen Betrieb, sondern auch die Resilienz des gesamten Wirtschaftsstandorts.

Jan Hassels
Berater Gremienbetreuung
und Sicherheits-/
Verteidigungspolitik

KONTAKT
Telefon: 04131 742-180
jan.hassels@ihklw.de



„Weil
Verteidigung
eine gesamt-
gesellschaftliche
Aufgabe
ist.“

*Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

Unternehmen sehen Wettbewerbsfähigkeit zunehmend unter Druck

Hohe Energiekosten setzen die deutsche Wirtschaft zunehmend unter Druck. Das zeigt das Energiewende-Barometer 2026 der IHK-Organisation, für das rund 3.100 Unternehmen aus allen Branchen und Regionen befragt wurden. Die Stimmung trübt sich ein: Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen zur Wettbewerbsfähigkeit erreicht 2026 nur noch minus 11,48 Punkte. Nach einer Erholung vom Tiefstand 2023 fällt das Barometer damit auf seiner Skala von -100 („sehr negativ“) bis +100 („sehr positiv“) wieder in den negativen Bereich. Vier von zehn Unternehmen bewerten die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit negativ, während lediglich 24 Prozent zu einer positiven Einschätzung gelangen. Gut ein Drittel der Unternehmen äußert sich neutral oder unentschieden. Steigende Energiepreise und wachsende Wettbewerbsnachteile belasten die Unternehmen damit zunehmend.

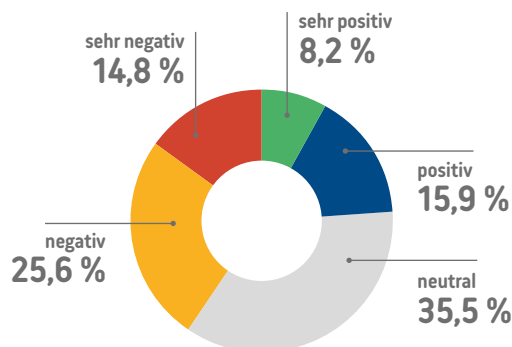
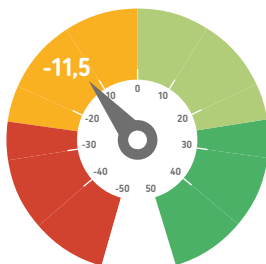
Besonders die Industrie ist betroffen. Rund zwei Drittel der Industrieunternehmen sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende und die damit verbundenen Energiekosten beeinträchtigt. Gleichzeitig steigen die Kosten weiter: Fast die Hälfte der Unternehmen berichtet von höheren Stromkosten innerhalb der vergangenen zwölf Monate, bei Gas und Öl sind es sogar rund zwei Drittel.

Das Signal des Energiewende-Barometers ist damit eindeutig: Die Unternehmen wollen die Transformation mitgestalten, brauchen dafür aber bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Denn wenn Energie und Regulierung dauerhaft teurer sind als bei internationalen Wettbewerbern, drohen Investitionen, Wertschöpfung und industrielle Arbeitsplätze verloren zu gehen.

Weitere Infos:



Energiewende-Barometer



Quelle: Energiewende-Barometer 2026

Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Investitionen

Zurückstellung von Investitionen in Kernprozesse



Zurückstellung von Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen



Zurückstellung von Investitionen in Forschung und Innovationen



Wortlaut der Frage: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Ihre Investitionen?
Die hohen Ausgaben aufgrund der Strom- und/oder Gaspreise führen insgesamt zu ... (Mehrfachnennungen möglich)

Quelle: Energiewende-Barometer 2026

Erster Fortschrittsbericht Bürokratieabbau

Niedersachsen treibt den Bürokratieabbau konsequent voran. Ziel ist die deutliche Reduzierung von Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten sowie die stärkere Digitalisierung von Verwaltungsverfahren.

Gleichzeitig gestaltet Niedersachsen die bundesweite Föderale Modernisierungsagenda aktiv mit. Die Ende 2025 gestartete Agenda umfasst über 200 Maßnahmen für einen schlankeren, schnelleren und digitaleren Staat. Laut erstem Fortschrittsbericht zur Föderalen Modernisierungsagenda befinden sich bereits knapp 100 Maßnahmen in Umsetzung. Dazu gehören die Überprüfung bestehender Berichtspflichten, der Ausbau digitaler Verwaltungsleistungen nach dem Once-Only-Prinzip, Vereinfachungen bei Anträgen und Genehmigungen sowie die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die wesentlichen Entlastungseffekte für Unternehmen und Verwaltung sollen bis Ende 2026 und 2027 wirksam werden.

Die IHKLW begrüßt die Föderale Modernisierungsagenda und fordert die schnelle Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen.

Modernisierungsagenda Föderal

Fortschrittsbericht



LROP-NOVELLE

Wirtschaft fordert mehr Flächen, Planungssicherheit und Infrastruktur

Die IHK Niedersachsen (IHKN) hat zum zweiten Entwurf der Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) Stellung genommen. Grundsätzlich begrüßt die Wirtschaft zahlreiche Anpassungen, sieht aber in zentralen Bereichen erheblichen Nachbesserungsbedarf. Aus Sicht der Unternehmen muss das LROP die Transformation der Wirtschaft, die Flächenverfügbarkeit, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie die Versorgungssicherheit stärker unterstützen.

Zentrale Forderungen der IHKN:

- Vorranggebiete „Transformation der Wirtschaft“ im LROP beibehalten
- Ausreichende Gewerbe- und Industrieflächen trotz Flächensparzielen sichern
- Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen
- Wasserstoff-, Energie- und Netzinfrastruktur stärker berücksichtigen
- Geothermie, Bioenergie und Repowering von Windenergie stärker fördern
- 800-m²-Grenze für großflächige Nahversorger grundsätzlich beibehalten
- Bedarfsgerechten Ausbau von Schienen-, Straßen- und Hafeninfrastruktur sichern
- Elbbrücke Darchau/Neu Darchau weiterhin als Raumordnungsziel verankern

Die vollständige Stellungnahme der IHKN macht deutlich: Klimaschutz und Flächensparen dürfen nicht zulasten von wirtschaftlicher Entwicklung, Investitionen und Versorgungssicherheit erfolgen.

Mehr Informationen:



AKTUELLES

Zentren-SOS

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit als Schlüssel für starke Innenstädte

Ob Einkauf, Restaurantbesuch, Behördengang oder Stadtbummel – die Attraktivität einer Innenstadt entscheidet sich nicht allein am Angebot, sondern zunehmend daran, ob sich Menschen dort sicher und wohl fühlen. Genau hier sehen die IHK Niedersachsen und der DEHOGA Niedersachsen wachsenden Handlungsbedarf. In ihrem gemeinsamen Impulspapier „Zentren-SOS“ machen sie deutlich: Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind längst zu einem zentralen Standortfaktor für die Zukunft niedersächsischer Innenstädte geworden.

Aus vielen Kommunen berichten Unternehmen von einem sinkenden Sicherheits- und Ordnungsempfinden. Dabei geht es häufig nicht um spektakuläre Straftaten, sondern um regelmäßig auftretende Probleme wie Vandalismus, Vermüllung, aggressives Betteln, Drogenkonsum im öffentlichen Raum, Belästigungen oder verwahrloste Bereiche. Besonders betroffen sind oftmals Bahnquartiere, Haltestellen, Parkhäuser oder Randlagen von Fußgängerzonen. Solche Entwicklungen beeinflussen das Sicherheitsgefühl vieler Menschen und damit auch die Bereitschaft, sich in den Zentren aufzuhalten, dort einzukaufen oder zu investieren.

Die Auswirkungen sind auch wirtschaftlich spürbar: Sinkende Besucherfrequenzen, Umsatzverluste, geringere Investitionsbereitschaft und Probleme bei der Fachkräftegewinnung können die Folge sein. Gleichzeitig stehen viele Kommunen vor der Herausforderung, mit begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen für Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung zu sorgen.

Vor diesem Hintergrund fordern IHKN und DEHOGA, „Zentren-SOS“ als strategische Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommunen, Wirtschaft und weiteren Akteuren zu verstehen.



Zu den zentralen Empfehlungen gehören:

- Mehr sichtbare Präsenz von Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten sowie eine konsequente Durchsetzung bestehender Regeln.
- Der gezielte Einsatz ordnungspolitischer Instrumente, beispielsweise Alkohol-, Waffen- oder Böllerverbotzonen sowie Videoüberwachung an Belastungsschwerpunkten.
- Eine stärkere Nutzung digitaler Lösungen, etwa durch Meldesysteme, intelligente Datenanalysen und digitale Werkzeuge für Reinigung und Ordnung.
- Die Beseitigung von Angsträumen durch gute Beleuchtung, attraktive Platzgestaltung und eine hochwertige städtebauliche Entwicklung.
- Konsequente Maßnahmen für Sauberkeit und Pflege, beispielsweise durch schnelle Beseitigung von Vandalismus-schäden oder Graffiti.
- Die gezielte Stärkung der Abend- und Nachtökonomie, um auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten Lebendigkeit und soziale Kontrolle zu fördern.
- Die Betrachtung der gesamten Wegekette – vom Bahnhof über Parkhäuser und Haltestellen bis in die Innenstadt.
- Feste Sicherheitsnetzwerke zwischen Kommunen, Polizei, Ordnungsdiensten, Wirtschaft und sozialen Trägern sowie eine bessere Verzahnung von Ordnungs- und Sozialpolitik.
- Mehr Präventions- und Beratungsangebote für Gewerbetreibende.
- Eine stärkere Einbindung von Immobilieneigentümern und Quartiersgemeinschaften, beispielsweise über Business Improvement Districts (BIDs).

Die zentrale Botschaft des Impulspapiers lautet: Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind keine Nebensache, sondern eine Grundvoraussetzung für lebendige, wirtschaftlich erfolgreiche und lebenswerte Innenstädte. Wer in attraktive und gepflegte Zentren investiert, stärkt nicht nur den Handel und die Gastronomie, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Städte und Gemeinden insgesamt.

Weitere Informationen sowie die vollständigen Handlungsempfehlungen von IHK Niedersachsen und DEHOGA Niedersachsen finden Sie im Impulspapier „Zentren-SOS“:



IHKLW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

01. Oktober 2026

Sicherheitsforum NON
in Bad Bevensen

MEHR INFOS UND
TERMINE UNTER
ihklw.de



Foto: © Dennis Leipelt

**Besuch von Bundes-
verkehrsminister
Steffen Bilger in
Wolfsburg**

DIE GUTE NACHRICHT

A 39 Urteil

Am 08. Juli 2026 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) die Klagen gegen den 7. Abschnitt der A 39 nördlich von Wolfsburg abgewiesen. Damit besteht erstmalig für einen Abschnitt des A 39-Lückenschlusses bestandskräftiges und unanfechtbares Baurecht. Damit steht die A 39 nach Sicherung der Finanzierung und Erteilung der Baufreigabe durch den Bund vor dem Baustart. Die A 39 ist das wichtigste Verkehrsprojekt der Region und wird zur neuen Lebensader zwischen Hamburg und der Region 38. Insbesondere die ländlich geprägten Landkreise Lüneburg, Uelzen und Gifhorn können als attraktiver Gewerbe- und Wohnstandort vom Lückenschluss profitieren.

IHKLW-Politiknews abonnieren

Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten,
abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier:

Impressum | Leserservice

IHKLW-Politiknews

Der Newsletter für Politik
und Verwaltung

23. Ausgabe **Herbst 2026**

Abo bestellen

ihk-lueneburg.de/abo
> IHKLW-Politiknews

Herausgeber

IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1, 21335 Lüneburg
Telefon 04131 742-0
E-Mail politiknews@ihklw.de

Verantwortlich

Inhaltlich Verantwortlicher für
redaktionelle Inhalte gemäß
§ 55 Abs. 2 RStV:
Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

Redaktion

Medina Gaidus
medina.gaidus@ihklw.de
Telefon 04131 742-147
E-Mail politiknews@ihklw.de

IHKLW Politiknews



Besuchen Sie uns:
facebook.com/ihklw
linkedin.com/company/ihk-lueneburg
instagram.com/ihk_lueneburgwolfsburg

